



T +41 31 326 66 04
E urs.scheuss@gruene.ch

Staatssekretariat für Wirtschaft
SECO
Direktion für Wirtschaftspolitik
Holzikofenweg 36
3003 Bern

21. November 2018

Änderung des Kartellgesetzes als indirekter Gegenvorschlag zur Eidg. Volksinitiative „Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise (Fair-Preis-Initiative)“; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der Vernehmlassung zur Änderung des Kartellgesetzes als indirekter Gegenvorschlag zur Fair-Preis-Initiative haben Sie die Grünen Schweiz zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Vorlage zu äussern.

Zusammenfassung

Die Grünen können das Anliegen der Initiantinnen und Initianten nachvollziehen. Es ist stossend, dass Unternehmen die höhere Zahlungsbereitschaft in der Schweiz ausnutzen und im Vergleich zum Ausland überhöhte Preise verlangen. Die Grünen begrüssen daher grundsätzlich, dass Lösungen gegen die Abschöpfung von ungerechtfertigt hohe Margen beim grenzüberschreitenden Handel umgesetzt werden. Sie betonen aber auch, dass Preisvergleiche aufgrund höherer Lebenshaltungs-, Lohn- und Mietkosten in der Schweiz sehr schwierig sind. Die Grünen bezweifeln, dass die von der Initiative verfolgten Ansätze wirklich dazu führen, ungerechtfertigt hohe Preise zu senken, ohne den Druck auf die Löhne und die Arbeitsbedingungen in der Schweiz zu erhöhen. Einen Gegenvorschlag begrüssen sie. Dieser soll endlich gleich lange Spiesse für den Onlinehandel und den stationären Detailhandel schaffen.

Zur „relativen Marktmacht“

Die von der Initiative und vom Gegenvorschlag angestrebte Einführung des Konzepts der „relativen Marktmacht“ in das Schweizer Kartellrecht erscheint in der Theorie eine wirksame Massnahme, um die Beschaffungsfreiheit von Unternehmen im Ausland zu stärken. Aus Sicht der Grünen geht der Gegenvorschlag des Bundesrats gezielter vor, indem das Konzept nur auf grenzüberschreitende Geschäftsbeziehungen Anwendung finden soll.

Die Schwierigkeit sehen die Grünen aber in der Umsetzung. Bei der „relativen Marktmacht“ handelt es sich anders als bei der „marktbeherrschenden Stellung“ im geltenden Kartellrecht um keinen trennscharfen Begriff. Die Lehrmeinungen gehen zudem auseinander bei der Frage, ob das Konzept der „relativen Marktmacht“ nicht schon implizit im Kartellgesetz verankert ist und die Wettbewerbskommission lediglich bislang keine Fälle dazu behandelt hat.

Zum Geoblocking

Ein weiteres Thema der Initiative ist das Verbot von Geoblocking, also die Beschränkung des Zugangs für Kundinnen und Kunden aus anderen Ländern zu Online-Benutzeroberflächen von Unternehmen. Die Initiative verlangt ein Verbot, der Gegenvorschlag verzichtet darauf.

Aus Sicht der Grünen ist das Geoblocking-Verbot in der Initiative undifferenziert und unterscheidet nicht zwischen materiellen Gütern und Dienstleistungen auf der einen und immateriellen Gütern wie Filmen auf der anderen Seite. Bei den Immaterialgütern stellt sich die Frage von Parallelimporten nicht. Dort stellen sich stattdessen Fragen der Urheber- und Nutzungsrechte.

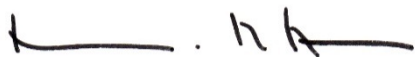
Die Grünen bezweifeln wie beim Konzept der „relativen Marktmacht“ die Umsetzbarkeit eines Geoblocking-Verbots. Dieses bedeutet letztlich nichts anderes, als dass die Schweiz Unternehmen im Ausland zwingt, Geschäftsbeziehungen mit Kundinnen und Kunden in der Schweiz einzugehen. Aus Sicht der Grünen ist nicht erkennbar, wie dies ohne staatsvertragliche Regelungen durchgesetzt werden kann. Zudem lässt sich ein solches Verbot technisch leicht umgehen, und Unternehmen, die für einen tieferen Preis nicht in die Schweiz liefern wollen, können dies auch einfach mittels einer Ausschlussbestimmung auf der Bestelloberfläche tun. Dazu braucht es keine technischen Blockaden.

Zudem funktioniert der Online-Handel oft komplementär: Kundinnen und Kunden besuchen ein Geschäft, lassen sich beraten und können dort Waren vor Ort probieren. Die Bestellung erfolgt dann aber online. Bei den so genannten Showrooms gehört das sogar zum Konzept. Können diese standortgebundenen Kosten nicht mehr auf die Preise abgewälzt werden, werden die Unternehmen versuchen, die Kosten zu senken. Besonders gefährdet sind dabei Tieflohnbranchen wie der Detailhandel, der Transport und die Logistik. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass Transport und Logistik im Ausland gerade im Onlinehandel durch den hohen Preisdruck derart unter Druck geraten sind, dass zum Teil menschenunwürdige Arbeitsbedingungen herrschen: Miserable Löhne, prekäre Anstellungsbedingungen und enormer Zeitdruck, der so weit geht, dass Arbeitnehmende nichts trinken, um während der Arbeit nicht austreten zu müssen.

Diese Entwicklungen müssen gestoppt werden. In der Schweiz und überall. Aus Sicht der Grünen soll der Gegenvorschlag zur „Fair-Preis-Initiative“ dazu genutzt werden, endlich gleich lange Spiesse für den Onlinehandel und den stationären Detailhandel durchzusetzen (z.B. bei Qualitätskontrollen, Mehrwertsteuer und Betriebsstättensteuer).

Wir danke Ihnen für die Kenntnisnahme und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Regula Rytz
Präsidentin



Urs Scheuss
stv. Generalsekretär

Grüne / Les Verts / I Verdi
Waisenhausplatz 21 | 3011 Bern